

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Sonnabend, 17. November 1928

Nr. 546

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin

Druck und Verlag von Rudolf Messe in Berlin.

Brüssel als Konferenzort in Aussicht genommen.

Wird Amerika teilnehmen?

Coolidge gegen offizielle Beteiligung. — Verzögerung der englischen Denkschrift aus technischen Gründen.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

WASHINGTON, 17. November.

Der amerikanischen Regierung sind, wie ich erfahre, noch keinerlei Anregungen oder Anfragen der europäischen Regierungen über die Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an dem geplanten neuen Sachverständigenausschuss für die Reparationen zugegangen. Der amerikanische Standpunkt ist unverändert. Er geht dahin, dass die Vereinigten Staaten sich an derartigen Beratungen nicht offiziell beteiligen können. Poincarés Erklärung, dass der Weg nun für eine endgültige Regelung der Reparationsfrage gebahnt sei, erscheint darum zunächst verfrüht. Der französische Standpunkt, dass Deutschland sich grundsätzlich zur Zahlung von Frankreichs Schulden an Amerika sowie zum Schadenersatz der von Frankreich erlittenen Kriegsschäden bereitfinden müsse, dürfte für Deutschland nach hiesiger Auffassung nun annehmbar sein, und im Staatsdepartement ist man geneigt, weiterhin äusserste Zurückhaltung zu bewahren, bis Klarheit darüber geschaffen ist, dass die europäischen Regierungen untereinander zu einer grundsätzlichen Einigung gelangen. Im Weissen Hause wurde erklärt, Präsident Coolidge wünsche sich an den Reparationsberatungen nicht zu beteiligen, da er sich von diplomatischen Verhandlungen mehr verspreche als von Erörterungen in der Öffentlichkeit. Die amerikanische Regierung beharrt bei der Auffassung, dass die Verquickung von Reparations- und Kriegsschuldentragung nicht zulässig sei, und Coolidges Rede am Waffenstillstandstage dürfte neuerdings etwa wieder aufgetauchte Zweifel über diesen Punkt wohl völlig zerstreut haben.

LONDON, 17. November.

Die englische Denkschrift zur Reparationsfrage (zu untercheiden von der formellen Antwort auf die deutsche Reparationsnote) ist der deutschen Regierung noch nicht überreicht worden, und zwar, wie „Times“ offiziös mitteilen, aus technischen Gründen. Der seltene Weg, zunächst eine Denkschrift und dann erst eine Antwort zu schicken, sei von den Alliierten gewählt worden, weil Deutschland zu verstehen gegeben habe, es könne sich auf keinen Fall im voraus binden und müsse die völlige Freiheit der Sachverständigenkommission fordern. Da nun die Alliierten nicht von den Grundsätzen der Balfour-Note und der Note von Chambéry abgehen, andererseits aber auch die Konferenz nicht gefährden wollten, so hätten sie die nicht offizielle und nicht verpflichtende Denkschrift zur Mitteilung ihrer Ansichten an Deutschland gewählt. Trotzdem würden diese Memoranden, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sich ausdrückt, im Hintergrunde der Konferenz lauern. Der Korrespondent fügt hinzu, jedes der Memoranden stelle den Grundsatz auf, Deutschland müsse Zahlungen leisten, die u. a. dazu ausreichen, den Schuldendienst der Alliierten an Amerika zu bestreiten.

Die alliierten Schulden in der offiziellen Note zu erwähnen, sei mit Rücksicht auf Amerika unmöglich, das sich sonst gegen die Beteiligung amerikanischer Sachverständiger an dem Sachverständigenausschuss verwahren würde.

Deshalb sei schon im Hinblick auf Amerika die nichtoffizielle Denkschrift gewählt worden. In einem „Poincarés Politik“ überschriebenen Leitartikel führen „Times“ aus, Poincarés jüngste Rede zeige, dass der französische Ministerpräsident den Reparationsbesprechungen die allgeröste Bedeutung beimesse. Da er für sich selbst kein besonderes Portefeuille gewählt habe, so könne man ihn beinahe den Reparationsminister nennen. Wie das gleiche Blatt schliesslich noch mitteilt, werde Belgien in der Sachverständigenkonferenz durch den früheren Finanzminister Franqui vertreten sein.

PARIS, 17. November.

Zu der gestrigen Unterredung Poincarés mit dem englischen Botschafter Sir William Tyrrell über die Bildung des Sachverständigenausschusses zur Prüfung des Reparationsproblems teilt das „Echo de Paris“ mit, dass eine Einigung zwischen Paris und London noch nicht ganz erzielt zu sein scheint, dass sie aber nicht mehr lange auf sich warten lassen werde. Das Blatt weist ebenso wie „Petit Parisien“ und „Petit Journal“ darauf hin, dass die in Berlin vorliegenden Schreiben der alliierten Regierungen noch nicht die eigentlichen Antworten der Gläubigerländer auf die Ende Oktober übergebenen Noten der Reichsregierung darstellen, sondern nur Denkschriften seien, in denen der versöhnliche Standpunkt der Regierungen zu der Reparationsfrage ausgedrückt werde. Ueber den Inhalt der eigentlichen Antworten hätten die deutschen Botschafter in den alliierten Hauptstädten der Reichsregierung aber wahrscheinlich schon einige Andeutungen übermitteln können. Das „Petit Journal“ erklärt, man dürfe die Bedeutung der vorbereitenden Besprechungen nicht überbetonen. Sie hätten keinen anderen Zweck, als die Bildung des Sachverständigenausschusses vorzubereiten und die Forderungen der Gläubigerstaaten genau darzulegen. Es wäre in der Tat verfrüht gewesen, zwei von den drei in der Generabmachung vorgesehenen Problemen in Angriff zu nehmen, nämlich die frühere Rheinandrängung und die Bildung eines Schlichtungsausschusses, ehe nicht der wichtigste Teil, die endgültige Regelung des Reparationsproblems, der Lösung nähergebracht sei. Das „Petit Journal“ geht dann auf die Zusammensetzung und die Aufgaben des Sachverständigenausschusses ein und erklärt, dass die Vereinigten Staaten sich wahrscheinlich nicht weigern würden, Sachverständige zu entsenden, sobald das Komitee gebildet sei. Die Teilnahme der Amerikaner sei in jeder Beziehung wünschenswert, denn sie würde den Vorteil haben, die Amerikaner an der Lösung der europäischen Probleme zu interessieren und ihre kommerzielle Unterstützung für den Fall der Mobilisierung der deutschen Obligationen vorzubereiten. Ueber diese Arbeitsweise des Sachverständigenausschusses bestanden keine Schwierigkeiten mehr.

Man werde ihnen möglichst weitgehende Freiheit in ihren Entschlüssen lassen.

Was den Beratungsort anbetriefft, behaupten „Echo de Paris“ und „Petit Journal“, dass man sich zunächst für Brüssel entschieden habe, später werde jedoch der Ausschuss nach Berlin übersiedeln, wo der Reparationsagent seinen Sitz habe, und vielleicht auch nach Paris, dem Sitz der Reparationskommission.

Keine Ueberschwemmung des deutschen Fleischmarktes.

Unbegründete Einwände gegen die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Von Hans Herbert Thal.

In der Polemik der deutschen Agrarpresse ist immer wieder die Rede von den angeblich unbegrenzten Möglichkeiten polnischer Schweineerzeugung. Die Gesamtschweinefleischproduktion Polens wird nun von polnischen Wirtschaftlern auf jährlich circa 4 Millionen Doppelzentner geschätzt. Wenn man dabei berücksichtigt, dass die Schweine in Polen nicht entfernt so fett gemacht werden wie in Deutschland, entspricht das einem Schweinebestand von zirka 7—10 Millionen Stück. Genauer als die Gesamtproduktion bzw. der Bestand ist die Ausfuhr erfassbar. Diese betrug nach der polnischen amtlichen Statistik:

| | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 |
|-------------------------|---------|---------|---------|---------|
| Leb. Schweine Stück: | 407 515 | 870 691 | 593 600 | 771 415 |
| Schweinefleisch in Dz.: | 78 040 | 347 930 | 388 700 | 175 562 |

Für das Jahr 1928 liegt die Statistik zunächst für die ersten acht Monate vor; in diesen sind ausgeführt: 861 695 lebende Schweine und 127 307 Doppelzentner Schweinefleisch. Man rechnet in Polen für 1928 mit einem Gesamtexport von zirka 1,2 Millionen Doppelzentnern lebender Schweine und Schweinefleisch. Von dem polnischen Export, abgesehen von den 39 000 Doppelzentnern, die im Jahre 1924, und den 238 000 Doppelzentnern, die im Jahre 1925 nach Deutschland gingen, sind ungefähr zwei Drittel nach Oesterreich und ein Drittel nach der Tschechoslowakei gegangen.

Der 1928 gemachte Versuch, als Ersatz für den verloren gegangenen deutschen den englischen Markt sich zu erschliessen, ist bald wieder eingestellt worden. Die Ausfuhr dahin ist ganz unwesentlich.

Im allgemeinen ist, wie man sieht, der polnische Export ziemlich konstant geblieben und hat sich nach einem leichten Abflauen in den Jahren 1926 und 1927 erst im laufenden Jahre wieder erholt. Die Steigerung in diesem Jahre entspricht aber nicht einer natürlichen Vermehrung der Produktion, sondern der Tatsache, dass die hohen Schweinefleischpreise im vergangenen Jahre viele Landwirte zur höchsten Steigerung ihrer Schweinehaltung veranlasst haben. Nach dem starken Fallen der Preise in diesem Jahre hat im Sommer ein allgemeiner Ausverkauf stattgefunden, der noch durch die Abschaltung vieler grosseren Bestände wegen Verseuchung vergrössert wurde. Das Schlachtgewicht dieser ausverkauften Bestände ist sehr niedrig und beträgt durchschnittlich nicht mehr als höchstens 50 Kilogramm Lebendgewicht für das Stück, so dass also der polnische Höchstexport zurzeit auf zirka 1 Million Doppelzentner Schweinefleisch angesetzt werden kann.

Unter Berücksichtigung aller in den Vorstehenden Ausführungen angegebenen Zahlen wird nun die Frage zu beantworten sein, ob nach Öffnung der deutschen Grenze für die polnische Schweinefleischzufuhr dem deutschen Markt eine Ueberschwemmung mit polnischem Schweinefleisch bevorsteht.

Die Frage ist glatt zu verneinen. Im Verhältnis zum deutschen Gesamtverbrauch von 22 Millionen Doppelzentnern macht selbst der polnische Gesamtexport in Höhe von 1 Million Doppelzentner noch nicht fünf Prozent aus. Es ist aber auch bei einer von einschränkenden Bestimmungen nicht gehinderten Einfuhr durchaus nicht anzunehmen, dass etwa der gesamte polnische Produktionsüberschuss an Schweinefleisch nach Deutschland ausgeführt werden wird. Selbst im Jahre 1925 hat Deutschland nur etwa ein Viertel der polnischen Schweinefleischausfuhr aufgenommen, hat aber gleichzeitig dieselbe Menge aus dem hochvalutarischen Dänemark gekauft. Der Grund dafür, dass es dem zweifelloh billigeren polnischen Schweinefleisch nicht gelungen ist, den teureren dänischen Import nach Deutschland zu verdrängen, liegt darin, dass ein grosser Teil der polnischen Produktion aus Magerschweinen besteht, die von Prag und besonders Wien gern gekauft werden, dagegen in Deutschland, das, wie die amtliche deutsche Statistik erkennen lässt, durchweg fette Schweine einführt, nicht abzusetzen sind.

Die weitere Frage, ob gegebenenfalls die polnische Produktion nach Öffnung der deutschen Grenze noch erheblich gesteigert werden kann, ist ebenfalls zu verneinen. Das Jahr 1928 ist für die polnische Schweineausfuhr zweifellos ein Rekordjahr. Erhebliche Steigerungen der Ausfuhr darüber hinaus werden erst nach Ablauf mehrerer Jahre möglich sein; denn wenn auch in Kartoffeln und Gerste Futtermittel reichlich zur Verfügung

Der Wirtschaftskampf im Westen

Die ersten gemeinsamen Verhandlungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

DUSSELDORF, 17. November.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Eisenkonflikts begannen heute morgen 10 Uhr und sind zur Stunde noch im Gange. Der Ausgang der Verhandlungen ist noch ungewiss. Von seiten der Arbeitgeber wird erklärt, dass man bis an die Grenzen des Entgegenkommens gegangen und auch gewillt sei, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen unter der Voraussetzung, dass der Schiedsspruch vom 27. Oktober ausser Kraft gesetzt würde. Die Schwierigkeit besteht nun darin, dass aus prinzipiellen Gründen die Gewerkschaften den Schiedsspruch nicht aufgeben wollen, die Arbeitgeber aber die Beendigung der Aussperrung auf Grund einer provisorischen Lohn- und Arbeitszeitvereinbarung ablehnen.

DUSSELDORF, 17. November.

In dem Lohnkonflikt in der Märkischen Eisenindustrie werden nach dem gescheiterten Vermittlungsversuch des Aachener Polizeipräsidenten am Montag die Schlichtungsverhandlungen in Dortmund von dem Schlichter für Westfalen, Oberregierungsrat Busch, beginnen. Auf seiten der Arbeitgeber ist man umgehalten darüber, dass Oberregierungsrat Busch das Verfahren an sich gezogen hat, obgleich der märkische Arbeitgeberverband die Sache bereits am 14. d. M. von den Schlichtungsausschuss Hagen gebracht hatte. Dieser hatte bereits Termin auf den 17. November angesetzt.

(Siehe auch Seite 3.)